

Verwaltungsgemeinschaft Neusorg

Landkreis Tirschenreuth
Mitgliedsgemeinden

95682 Brand
95683 Ebnath
95700 Neusorg
95704 Pullenreuth

Verwaltungsgemeinschaft Neusorg, Postfach 30, 95700 Neusorg

Telefax 09234/9913-15
eMail:poststelle@vgem-neusorg.de
eMail:achim.scherm@vgem-neusorg.de
www.vgem-neusorg.de

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin

Per Mail: konsultation@netzentwicklungsplan.de

Neusorg, 28.05.2014

Ihre Zeichen, Nachricht

Bitte bei Antwort angeben

EAPL-Nr./Unser Zeichen
VGem-30/as

Telefon

09234/9913-30

Sachbearbeiter/in

Achim Scherm

Verwaltungsgemeinschaft Neusorg;
Gemeinden Pullenreuth, Neusorg, Ebnath, Brand;
Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 – Erster Entwurf“ vom
16.04.2014

Seite 243ff: Maßnahme D9 und D10a/b Neubau der HGÜ-Verbindungen zwi-
schen Bad Lauchstädt – Meitingen bzw. Meitingen – Güstrow
Hier: Ergänzung zum Schreiben vom 23.05.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir dürfen unsere Schreiben vom 23.05.2014 wie folgt ergänzen:

Wir nehmen Bezug auf das uns zustehende gesetzliche Stellungnahmerecht und möchten als Verwaltungsgemeinschaft Neusorg, stellvertretend für die o. g. Mitgliedsgemeinden nochmals explizit zum Ausdruck bringen, dass wir mit dem oben genannten Netzentwicklungsplan

nicht einverstanden

sind.

Folgende Argumente werden ergänzt und nachfolgend aufgeführt:

Sprechzeiten	Vollzeitkräfte:	Mo. - Fr. 08.00 - 12.00 Uhr; Mi. + Do. 13.30 - 15.30 Uhr
	Teilzeitkräfte:	Mo. - Fr. 08.00 - 12.00 Uhr (Frau Bauer)
	oder nach Vereinbarung	

Bankverbindung der VGem-Neusorg	BLZ	Kto.	IBAN	BIC
Sparkasse Oberpfalz Nord	753 500 00	380202002	DE45 7535 0000 0380 2020 02	BYLADEM1WEN
Raiffeisenbank Kemnather Land-Steinwald e.G.	770 697 64	3210707	DE15 7706 9764 0003 2107 07	GENODEF1KEM

1.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Neusorg befinden sich alle in einem ländlichen Landkreis im Einflussbereich der Neuen Bundesländer und der Tschechischen Republik.

Durch das Glück der Wiedervereinigung und der EU-Osterweiterung in einem freien Europa, die wir immer befürworteten, vollzogen sich in unserer Region in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewaltige wirtschaftliche Verwerfungen, durch die unsere Region einen erheblichen Anteil an Arbeitsplätzen verlor.

Aufgrund teilweise schwieriger Anpassungsprozesse ist dieser Trend nach unserer Auffassung zwar in jüngster Vergangenheit zum Erliegen gekommen, dennoch sind wir als ländlichen Gemeinden auch heute wirtschaftlich längst nicht so stark wie die Metropolregionen Nürnberg, Regensburg oder München. Diese ziehen mit ihren finanziellen Möglichkeiten viele junge Menschen und Familien an. Wir stehen deshalb weiter vor dem Problem, dass insbesondere junge und gut qualifizierte Menschen sich zum Wegzug aus unserer Region entschließen, da sie in unserer Region keinen adäquaten Arbeitsplatz und damit keine Perspektive, keine Zukunft für sich und ihre Familien sehen. Die Auswirkungen zeigen sich teilweise in eklatanter Weise: Ganze Wohnregionen verwaisten, Geschäfte schließen mangels Umsatz und oftmals erleben wir in den Dörfern eine alternde mit dem Wegzug der jungen eine immer älter werdende Bevölkerung.

Mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten können wir zwar hier und dort kleine Anreize für Menschen schaffen, in unserer Region zu bleiben, zu leben und zu wohnen, nur sind diese sehr begrenzt. Was wir daher benötigen, ist eine Unterstützung der Politik in jeder Hinsicht gesehen und keine weiteren Erschwernisse. Doch gerade ein solches Erschwernis sehen wir in dem Bau der Gleichstromtrasse durch unsere Landschaft. Diese stellt einen weiteren und einen nicht gerade unerheblichen Gesichtspunkt dar, der gegen unsere Region als Wohn- und Lebensmittelpunkt steht.

Durch die vielfach geäußerten Gesundheitsgefahren der durch die Stromleitungen entstehenden und in diesem Ausmaß bisher wohl unerforschten elektromagnetischen Felder fühlen sich viele Menschen verunsichert. Inwieweit diese Befürchtungen berechtigt sind oder nicht, können wir als Verwaltungsgemeinschaft sicherlich nicht abschließend fachlich beurteilen, jedoch ist dies auch nicht notwendig. Alleine durch die Existenz einer Gleichstromtrasse fühlen sich viele Menschen bedroht und haben Angst um die Gesundheit ihrer Kinder und die Gesundheit ihrer selbst. Und dazu haben sie auch allen Grund. Weder werden von Seite der für den Trassenbau Verantwortlichen Gutachten oder Studien vorgelegt, die eine Gesundheitsgefahr ausschließen, noch wird ernsthaft der Versuch unternommen, sich mit dem Thema „Gesundheitsgefahr“ auseinanderzusetzen. Was ist mit den befürchteten Krebserkrankungen, was mit anderen Beschwerden wie „Kopfschmerzen“ und „Übelkeit“? Treten diese vermehrt im Einflussbereich der Stromtrasse auf?

Auffällig ist hierbei, dass Grenzwerte im Unterschied zu anderen Ländern eklatant höher sind und dass es offenbar keinen vorgeschriebenen Abstand zur Wohnbebauung gibt. Aufgrund dessen veranlasst alleine die räumliche Nähe zur Gleichstromtrasse viele Menschen dazu, aus unserer Region wegzuziehen. Die Folgen eines noch weiteren Wegzugs sind, wie bereits oben dargestellt, dramatisch und für unsere Region tödlich.

Hierbei möchten wir nicht unsachlich diskutieren. Wir geben zu, dass sich ein Wegzug für viele Menschen nicht alleine aus der befürchteten Gefahr der Gesundheitsbeeinträchtigung herleitet. Aber die Gleichstromtrasse stellt für viele in der Tat einen wesentlichen Punkt dar, der in die Entscheidungsfindung miteinfließt.

Eine weitere Schwächung unserer Region durch eine weiter erfolgende Landflucht können und wollen wir uns nicht leisten!

2.

Verstärkt wird der negative wirtschaftliche Effekt für unsere Region zudem dadurch, dass die Gleichstromtrasse mit ihren 70 Meter hohen massiven Masten eine tiefgreifende „optische Beeinträchtigung“ für die allermeisten Menschen darstellt. Kurz ausgedrückt: wer möchte denn in der Nähe, zumindest Sichtnähe, der Gleichstromtrasse leben? Wer möchte dort ein Grundstück kaufen und für sich und seine Familie den Traum vom Häuschen im Grünen erfüllen? Wer möchte dort seinen Gewerbebetrieb errichten, an dem er selbst und seine Angestellten den ganzen Tag arbeiten und damit auch „den ganzen Tag“ der Strahlenbelastung ausgesetzt sind? Die Frage ist leicht zu beantworten: Wahrscheinlich niemand. Aus diesem Grunde befürchten wir, dass Grundstücke, welche teilweise zentral in den Dörfern und Städten liegen, in der Nähe der Gleichstromtrasse massiv an Wert verlieren oder gar ganz unverkäuflich werden. Möglicherweise entsteht in der Nähe der Masten auch ein Gebiet, das quasi menschenleer ist. Eine Katastrophe für das Ortsbild! Mit dem Wertverlust einhergehend verlieren ganze Altersabsicherungen von Menschen ihren Wert; Altersabsicherungen, welche über Jahre hinweg angespart worden sind, um sich beispielsweise ein Haus und Grundstück zu kaufen bzw. in Form von Krediten, die auch noch nach dem Bau der Gleichstromtrasse bedient werden müssen, obwohl der damit finanzierte Grund und Boden keinen Gegenwert mehr hat.

Angesichts dieser finanziellen Auswirkungen ist das bestehende Enteignungsverfahren mit dann zu bezahlender Kompensation bei weitem nicht ausreichend, gerade für nicht direkt, sondern nur mittelbar Betroffene, einen Ausgleich zu schaffen. Neben dem finanziellen Schaden kommt noch ein weiterer Aspekt, vielleicht sogar für viele Menschen der entscheidendere. Menschen sind an ihre Heimat gebunden. Hier sind sie aufgewachsen, hier sind sie zur Schule gegangen, hier haben sie ihre Familie, ihre Freunde, ihre Bekannten. Kurz: Hier sind sie zu Hause, hier fühlen sie sich wohl. Die Stromtrasse greift in dieses Gefühl als Fremdkörper ein und bringt den Betroffenen neben dem finanziellen Verlust auch einen gravierenden ideellen Verluste dahingehend, dass ein Stück Heimat nach dem Bau der Stromtrasse nicht mehr so sein wird wie früher, nämlich unberührt.

3.

Eine der wesentlichen Einnahmequellen der Region ist der Tourismus. Und das ist auch gut nachzuvollziehen. In unserer Region finden viele Urlauber das, was sie zu Hause nicht haben. Unberührte Natur, Natürlichkeit, Ruhe.

Wir befürchten allerdings, dass wir durch die Gleichstromtrasse in unserer Region erhebliche Besucherrückgänge erleiden müssen. Zum einen können wir unseren Besuchern dann eines nicht mehr bieten, nämlich einen Urlaub, der durch die vielfältigen Möglichkeiten zu wandern, zu radeln oder die Natur zu genießen, einen wirklichen Erholungseffekt bewirkt. Im „Einflussgebiet“ der Stromtrasse stört diese nämlich das Urlaubsgefühl schon optisch. Wer möchte nämlich schon unter einer 70 Meter hohen Gleichstromleitung Urlaub machen? Wer möchte Wälder mit Schneisen von fast 100 Meter Breite zerschnitten sehen?

Zum zweiten verliert unsere Region auch ihr Aushängeschild, nämlich dass der hier mögliche Urlaub in der Natur „gesund“ ist. Bedenkt man, dass auch Besucher befürchten, dass die magnetischen Felder um die Stromtrasse gesundheitsschädlich

sind, so ist auch verständlich warum. Wir betonen noch einmal, dass die Gesundheitsgefahr sicherlich von uns nicht abschließend beurteilt werden kann, aber von der Hand zu weisen, sind die Befürchtungen auch nicht.

Vom Tourismus leben viele Menschen aus unserer Region, sei es in Form von vermieteten Ferienwohnungen, geführten Restaurants oder anderen touristischen Einrichtungen. Mit einer Schwächung des Tourismus durch die Gleichstromtrasse sehen wir als Verwaltungsgemeinschaft für unsere Bürger eine weitere, nicht tragbare wirtschaftliche Belastung zukommen, welche keinen finanziellen Ausgleich erfährt.

4.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein solidarisches Land. Auch wir wollen solidarisch sein und sind es auch. Wenn andere Regionen beispielsweise ihre Stromversorgung nicht sicherstellen können, dann sind wir bereit, auch Einschränkungen für uns hinzunehmen. Aber Solidarität kann nie einseitig erfolgen; sie ist immer an Bedingungen geknüpft. Wir sind der Auffassung, dass entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität vor der Planung und dem Bau einer derart in das Leben der Menschen und in die Natur eingreifenden Stromtrasse die Frage gestellt werden muss: Haben die Regionen im Süden Deutschlands, die maßgeblich von dem Strom, der über die Stromtrasse transportiert wird, einen Vorteil erlangen, alles ihnen Mögliche getan, um ihre Stromversorgung aus eigener Kraft herzustellen? Sind Planungen hierzu erfolgt? Denn nur wenn diese Regionen ihre Stromversorgung nicht aus eigener Kraft sicherstellen können, dann sind wir bereit, über eine Notwendigkeit der Stromtrasse durch unsere Region zu diskutieren. Hiernach sieht es aber nicht aus, zumindest hat man nicht einmal versucht, diese Kraftanstrengung zu belegen. Wenn aber andere Regionen ihre Hausaufgaben hinsichtlich einer ökologischen, regionalen Stromversorgung nicht gemacht haben, ist dann die Stromtrasse überhaupt „notwendig“ im engeren Sinne? Wir finden nicht. Und Notwendigkeit ist auch ein weiteres Schlagwort. Es wird des Öfteren geäußert, dass mit der Stromtrasse auch „unökologischer“ Strom aus Kohlekraftwerken im Osten oder aus dem Ausland transportiert werden soll. Wie viel Wahrheitsgehalt steckt in diesen Aussagen? Weshalb wird eine solche Möglichkeit nicht gesetzgeberisch unterbunden?

Wir als Verwaltungsgemeinschaft Neusorg wollen eine ökologische Stromversorgung und schließen uns der Energiewende an. Wir haben jedoch den Eindruck, dass die Energiewende für den Bau der Gleichstromtrasse nur als vermeintliches Argument vorgeschoben wird, die Trasse aber an sich für die Energiewende nicht notwendig ist. Eine Trasse, über die Kohlestrom auch zum Transport und Verkauf ins Ausland genutzt werden soll, akzeptieren wir nicht!

5.

Schließlich stellen wir uns die Frage, weshalb keine unterirdische Verlegung der Gleichstromtrasse als „kleineres Übel“ diskutiert wird. Dies hätte im Wesentlichen zwei Vorteile: Zum einen würde die vermeintlich gefährliche Strahlung im Erdboden „geblockt“ werden, zum zweiten würde die optische Beeinträchtigung der gewaltigen Strommasten entfallen. Hierbei ist das Kostenargument für uns nicht nachzuvollziehen. Wieso soll eine unterirdische Verlegung wesentlich teurer sein? Nach vielerlei Stimmen wäre diese durch den Einsatz von Spühlbohrungen und modernsten technischen Mitteln sogar billiger! Wieso wird anscheinend im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW eine Erdverlegung der Gleichstromtrasse als Pilotprojekt gestartet, wohingegen bei uns im ländlichen Gebiet diese nicht vorgenommen wird? Es

scheint, als ob die Erklärung sehr einfach ist. In NRW hat man Angst vor der Masse an Menschen, die sich gegen eine oberirdische Gleichstromtrasse wehren würden; bei uns traut man den wenigen Menschen auf dem Lande einen solchen Protest nicht zu. Ist das das Kalkül der Planer der Gleichstromtrasse?

Auch wenn eine Erdverlegung wesentlich teurer wäre, ist es nicht vermittelbar, weshalb ein Staat, dessen Staatseinnahmen so hoch sind wie nie zuvor in der Geschichte, kein Geld für seine eigene Bevölkerung und ein eigenes Projekt zur Verfügung stellt, zumal ja offensichtlich für diverse EU-Rettungsschirme und die Bankenrettung immer genügend Geld zur Verfügung gestanden ist.

Wir lehnen daher die bestehenden Planungen kategorisch ab.

Wir fordern zudem die weitere Beteiligung im Verfahren ein.

Mit einer Veröffentlichung unserer Stellungnahme sind wir ausdrücklich einverstanden.

Hochachtungsvoll

Gezeichnet:
Hubert Kraus
Erster Bürgermeister
der Gemeinde Pullenreuth

Gezeichnet:
Peter König
Erster Bürgermeister
der Gemeinde Neusorg

Gezeichnet:
Manfred Kratzer
Erster Bürgermeister
der Gemeinde Ebnath

Gezeichnet:
Ludwig König
Erster Bürgermeister
der Gemeinde Brand